

# Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint 4 mal wöchentlich: Montags, Mittwochs, Freitags, Samstags.  
(Für Postbezug nur 3 maliges Erscheinen, die Freitags-Nummer wird der Samstag-Nummer beigelegt.)  
Redaktion u. Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstr. 16. Telephon 41.  
Redakteur: Paul Jorjisch in Biebrich a. Rh.  
Rotations-Druck und Verlag der Buchdruckerei Guido Seidler in Biebrich a. Rh.  
Filialexpedition in Hochheim: Jean Lauer.

Anzeigenpreis: für die 6 gepaltene  
Colonelzeile oder deren Raum 10 Pfg.,  
Reklamezeile 25 Pfg.

Nr. 26.

Samstag, den 15. Februar 1913.

7. Jahrgang.

## Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim am Main.

### Bekanntmachung.

Die nächste Sprechstunde für unentgeltliche Rechtsauskunft findet am

Montag, den 24. Februar i. J., vormittags 9½ Uhr

im Rathause statt.

Hochheim a. M., den 12. Februar 1913.

Der Magistrat. J. B.: J. Preis.

### Ortsstatut

betreffend die Bekämpfung des Heu- und Sauerwurms in der Gemeinde Hochheim a. Main.

Auf Grund des § 13 der Städteordnung für die Provinz Hessen-Nassau vom 4. August 1897, sowie des § 9 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 wird das nachstehende Ortsstatut betreffend die Bekämpfung des Heu- und Sauerwurmes in der Gemeinde Hochheim a. Main erlassen.

#### § 1.

Die Bekämpfung des Heu- und Sauerwurmes wird zur Gemeindebesache gemacht.

Die Bekämpfung soll im Sommer und Winter erfolgen. Sie wird durch einen von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Verwaltungsausschuss (§ 64 der St. O.) geleitet und beaufsichtigt.

Der Bürgermeister hat das Recht, jederzeit in den Ausschuss einzutreten. In diesem Falle hat er den Vorsitz mit vollem Stimmrecht und bei Stimmengleichheit die ausschlaggebende Stimme. Bei Bedürfnis können mehrere solche Ausschüsse gebildet werden.

#### § 2.

Die Sommerbekämpfung wird ausgeführt durch:

- a. Abtragen der Heu- und Sauerwurmmotten mittels Klebseife.
- b. Aufhängen von Gefäßen mit einem Rodmittel (geäuertem Wein, Apfelsin, saurem Bier u. dergl.).
- c. Auslesen der Heuwurmer aus den Gefäßen.
- d. Auslesen der sauerwurmfraßen Beeren.

Die Ausführung der unter a. und b. erwähnten Bekämpfung erfolgt unmittelbar durch die Gemeinde auf deren Rechnung. Die dafür nötigen Geräte und Stoffe liefert die Gemeinde. Die Arbeiten werden durch angestellte Arbeiter ausgeführt.

Den Zeitpunkt der Ausführung der Arbeiten und die Höhe des zu gewöhnlichen Arbeitslohn bestimmt der Ausschuss. Die Ausführung der unter c. und d. erwähnten Bekämpfung erfolgt durch die Weinbergbesitzer oder die Pächter oder die Aufwinder. Den Zeitpunkt, bis wann diese Bekämpfung beendet sein muß, bestimmt alljährlich der Ausschuss. Für die sorgfältige Durchführung dieser Bekämpfung wird sowohl im Falle c. wie im Falle d. von dem Ausschuss alljährlich ein Betrag für einen Vorschuss bewilligt. Die Vergütung erfolgt auf Grund der Feststellung des Ausschusses, daß die Arbeiten ordnungsmäßig ausgeführt sind.

#### § 3.

Die Winterbekämpfung wird ausgeführt durch:

- a. Entfernen des Laubes und Beräumen desselben.
- b. Abkürzen der Rebtriebe mit Drahtbürsten.
- c. Abkürzen der Puppen des Heu- und Sauerwurmes von den Ähren, Stielen und Rebtrieben.
- d. Ausstreuen und Verschütten der Rebtriebe.
- e. alsbaldiges Verbrennen des Bindematerials und des beim Schnitt entstehenden Abfallholzes in den Weinbergen.

Die Ausführung dieser Bekämpfung wird den einzelnen Weinbergbesitzern überlassen. Sie muß bis zum 15. März beendet sein. Die für die Winterbekämpfung nötigen Gerätschaften und Stoffe werden den Weinbergbesitzern von der Gemeinde kostenlos geliefert. Die viele Sorten und welche Stoffmengen auf je einen Morgen Weinbergsfläche geliefert werden sollen, bestimmt alljährlich nach beendigter Pflanzzeit der Ausschuss.

Für die ordnungsmäßige Durchführung dieser Bekämpfung wird ein für je einen Morgen bestimmter Betrag gezahlt, welchen alljährlich der Ausschuss festsetzt.

Außerdem kann der Ausschuss für je 10 Puppen eines ordnungsmäßig gereinigten Weinbergs noch eine besondere, an jeden Weinbergbesitzer zu zahlende Vergütung festsetzen.

Auf Antrag des Weinbergbesitzers können die Geräte, Stoffe und Vergütungen auch an den von ihm benannten, Pächter oder Verwalter verabfolgt werden.

#### § 4.

Sollte ein Weinbergbesitzer die ihm obliegenden Arbeiten nicht oder nicht ordnungsmäßig — sorgfältig — ausführen, so kann sie der Ausschuss auf Kosten des Säumigen ausführen lassen. Auf Ersuchen des Ausschusses kann es auch die Polizeibehörde auf Grund der Bestimmungen des § 132 des Landesverwaltungsgegesetzes vom 30. Juli 1883 und der Feldpolizeiverordnung vom 6. Mai 1882 (N. Nr. 6. 152.)

#### § 5.

Die der Gemeinde aus der Bekämpfung des Heu- und Sauerwurmes erwachsenden Kosten sind in Höhe von einem Drittel ihres Gesamtbetrages in derselben Weise aufzubringen wie alle übrigen Gemeindeausgaben. Der Rest mit zwei Dritteln wird auf die beteiligten Weinbergbesitzer des Gebietes, wo die Winterbekämpfung stattgefunden hat und welchen die Bekämpfung allein zum Vorteil ist, in Form von Beiträgen nach § 9 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 umgelegt, und zwar nach Maßgabe der mit Rebtrieben bestandenen Weinbergsfläche.

#### § 6.

Die Beiträge werden 4 Wochen nach der Zahlungsaufforderung fällig.

Die Beitreibung erfolgt im Verwaltungsverfahren.

### § 7.

Der Plan der nach § 2 und § 3 beschriebenen Veranstaltung wird neben einem Nachweis der Kosten offengelegt.

Der Beschluß der Gemeindebehörde wegen Erhebung von Beiträgen wird unter der Angabe, wo und während welcher Zeit der Plan nebst Kostennachweis zur Einsicht offen liegt, in ortsüblicher Weise mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß Einwendungen gegen den Beschluß binnen 4 Wochen bei dem Magistrat anzubringen sind.

Nach Ablauf der Offenlage legt der Magistrat den Beschluß nebst eingegangenen Einwendungen dem Bezirksausschuss zur Genehmigung vor.

Der Beschluß des Bezirksausschusses ist in gleicher Weise zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen, wie der Beschluß der Gemeinde bekannt gemacht worden ist.

Gegen den Beschluß des Bezirksausschusses steht dem Beteiligten innerhalb zwei Wochen nach Bekanntmachung die Beschwerde an den Provinzialrat offen.

Nach Erteilung der Genehmigung wird auf Grund des Planes und des Kostennachweises eine Hebeliste aufgestellt, welche die auf die einzelnen Beteiligten entfallenden Kosten enthält. Diese Kosten werden dann den Zahlungspflichtigen schriftlich angefordert. Gegen die Anforderung können die Zahlungspflichtigen die Rechtsmittel der §§ 69 und 70 des Kommunalabgabengesetzes geltend machen.

Den Zahlungspflichtigen steht innerhalb 4 Wochen nach der Anforderung der Einspruch bei dem Magistrat zu und gegen dessen Beschluß innerhalb 2 Wochen nach Zustellung der Klage im Verwaltungsstreitverfahren beim Bezirksausschuss.

### § 8.

Dieses Statut tritt mit seiner Veröffentlichung in Kraft.

Hochheim a. M., den 28. August 1912.

Der Magistrat.

gez. Welsch.

„Saarbourg.

„Hirschmann.

„J. Preis.

B. A. 578/11

23. 24.

Genehmigt.

Wiesbaden, den 24. Januar 1913.

Namens des Bezirksausschusses.

Der Vorsitzende.

J. B.: gez. Schwerin.

## Nichtamtlicher Teil.

### Tages-Rundschau.

Berlin, 14. Februar. Das Kaiserpaar fuhr heute nachmittag mit der Prinzessin Viktoria Luise und dem Prinzen Ernst August aus. Heute abend fand im Elysée ein Fest bei den Majestäten statt. Außer vielen Fürstlichkeiten waren u. a. geladen der Reichstagskanzler, mehrere Staatssekretäre, die Präsidenten des Reichstages, des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses und der Kommandeur der Gleichenhufen. Nach der Tafel war musikalische Unterhaltung.

Die Hochzeit der Kaiserin in Wien? Wie sah die „Tgl. Abh.“ aus Genuß mitteilen, soll die Hochzeit der Prinzessin Viktoria Luise mit dem Prinzen Ernst August von Cumberland bereits im Mai in Wien, d. h. im dortigen Schloß des Herzogs von Cumberland, stattfinden. Hierüber soll zwischen den Höfen von Berlin und Genuß ein Einverständnis erzielt worden sein. Nach dieser noch unbestätigten Nachricht soll die Hochzeitsfeier in Wien nämlich gleichsam als Huldigung für den geistesreichen Kaiser Franz Joseph von Österreich gedacht werden, da der Monarch den letzten Wunsch geäußert habe, an der Feier teilzunehmen. Eine Reise nach Berlin gilt aber für den Kaiser von Österreich in absehbarer Zeit als unmöglich.

Eine Flotade der deutschen Küste muß unmöglich sein. In diesen Worten gipfelte die jüngste programmatische Rede des Großadmirals v. Köster in Dresden, der auch König Friedrich August von Sachsen lebhaften Beifall zollte. Das in den letzten Tagen viel genannte Verhältnis der Großkampfschiffe Englands und Deutschlands mit 16 zu 10, das auch der Marineattaché Großadmiral v. Tirpitz für annehmbar erklärte, wäre zwar eine Grundlage, auf der sich eine Verständigung im Flottenbau erzielen ließe, es steht aber tatsächlich nur auf dem Papier, und um es wirklich zu erreichen, muß das deutsche Flottenbauprogramm weit schneller als bisher ausgearbeitet werden. Welchen Schaden Krieg durchgeführte Flotten schon im Gefolge gehabt haben, lehrt zahlreiche Beispiele aus der Weltgeschichte. Selbst die Geschichtsforscher vermögen im gegenwärtigen Weltantrieb die Operationen der Türken zur See erheblich zu hemmen. Die jüngste Rede des Großadmirals v. Köster, der auch jetzt wieder wie stets für eine schnellere Vermehrung unserer Panzerkreuzer eingetreten ist, wird daher überall starken Widerhall finden.

Paris, 14. Februar. Zu der vom Reichstagskanzler v. Bethmann Hollweg im Deutschen Landwirtschafsrat gehaltenen Rede sprach der „Temps“ unter anderem: Der Reichstagskanzler hat erklärt, daß Deutschland die Opfer für die Heeresvermehrung als Bürgschaft für den Frieden ansehe. Wir glauben, daß man rüsten und friedfertig sein kann. Nach unserer Ansicht hätte auch niemand das Recht, gegen Frankreich, sobald es neue militärische Maßnahmen ergreifen sollte, Ansprüche zu erheben, daß es aufhören habe, friedfertig zu sein. Militärische Fragen müssen als solche nicht so behandelt werden. Die übliche Frage, die man auf Rüstungen zu stellen hat, sind nicht einzelne Anknüpfungen, sondern Rüstungen. Von diesem Gesichtspunkte aus beurteilen wir die Rede des Reichstagskanzlers, der äußerte, daß Deutschland friedfertig ist. Wir zweifeln keineswegs an seiner Aufrichtigkeit. Er erklärte, daß Deutschland sein Landwehr vermehren muß und wir glauben, daß Frankreich das seine vermehren muß, indem es dabei ebenso wie Deutschland durchaus friedfertig bleibt. Der „Temps“ erörtert die verschiedenen möglichen Maßnahmen, wie die Einführung der dreijährigen Dienstzeit und bessere Ausnutzung und Ausbildung der Reservisten und meint unter Hinweis auf die von den Politikern erhobenen Bedenken: Es handelt sich darum, zwischen dem Bedürfnis der Politik und der Sicherheit des Landes die Wahl zu treffen. Die Vorsehrungen,

welche seit einigen Wochen zwischen dem Ministerpräsidenten, dem Kriegsminister, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten und dem der Finanzen stattfinden, scheinen ein Beweis zu sein, daß die Regierung sich anstrengt, ihre Pflicht zu erfüllen. Es ist unerlässlich, die öffentliche Meinung ohne alle große Verzögerungen von den getroffenen Entscheidungen zu unterrichten. Die Entscheidung aber wird uns gelassen, mit Würde friedfertig zu bleiben, was unserer Pflicht ist, indem wir unsere Verteidigungsmittel auf die gleiche Höhe mit denen unserer möglichen Gegner stellen. Der Krieg wird darum nicht mehr und nicht weniger wahrscheinlich, aber der Friede wird umso ehrenvoller sein.

### Kleine Mitteilungen.

Berlin. Der Reichstags-Stat zur Verstärkung unserer Luftkräfte für die Armee ist jetzt fertig gestellt und werden dem Reichstagsamt zugewiesen. Die neuen Forderungen betragen sich im Ganzen auf über 20 Millionen belaufen.

Rückgabe des Bessensfonds! Dem „Hannoverschen Kurier“ wird aus Genuß gemeldet: „Sicherem Vernehmen nach erfolgt an den Herzog von Cumberland die Auszahlung des seit 1866 von Preußen beschlagnahmten Bessensfonds in Höhe von 60 Millionen Mark, von dem seit 1882 an den Herzog die Zinsen ausbezahlt wurden.“

Mehr als neun Milliarden für die Arbeiterversicherung wurden im Deutschen Reich während des Bestehens unserer sozialpolitischen Gesetzgebung bis zum Jahre 1911 bisher ausgegeben: die Arbeiterversicherung hat in dieser Zeit 5,7, die Arbeiterversicherung 5 und das Reich 6,7 Milliarden zu der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung beigetragen, in deren Kassen sich schon am Ende des Berichtsjahres 2,4 Milliarden befanden. Die Arbeiterlohn erhielt nahezu das Doppelte des von ihr Eingezahlten zurück.

## Die Lage auf dem Balkan.

### Zur Lage.

Der Krieg geht weiter bis zu dem früher oder später unvermeidlichen Fall Adrianopels oder bis etwa ein künftiger russischer Erfolg des Balkanbundes der Porte ein Eingehen auf dessen Friedensbedingungen erleichtert. Es bestätigt sich, daß Serbien auf Verlangen Bulgariens wesentliche Verstärkungen und namentlich schwere Artillerie geschickt hat; das bezieht sich auf die Stellungen vor Adrianopel und Dimitofa.

Konstantinopel. Adrianopel soll noch Lebensmittel für acht Monate besitzen. Der Schulunterricht werde fortgesetzt, und der Gesundheitszustand der Stadt sei ausgezeichnet. Es mangelt bloß an Zucker, Petroleum und Salz. Auch Munition ist noch im Überflusse vorhanden. — In einem neuen Telegramm aus Adrianopel soll Schutzi Polka erklärt haben, er würde bis zur letzten Patrone kämpfen; wenn er zur Kapitulation gezwungen würde, so würde er zuerst die Stadt einschließen.

Konstantinopel. Der erste Adjutant des Sultans begab sich nach Tschataldcha, um den Truppen die Befriedigung des Sultans über ihre Erfolge auszusprechen. Der „Tanin“ bemerkt: Die Meldung von der Konzentration russischer Truppen im Kaukasus. In Sofia dauern die Bemühungen zur wärtigen Lösung der bulgarisch-rumänischen Schwierigkeiten fort. Die Angaben über ein Ultimatum Rumäniens sind bis auf weiteres falsch; Rumänien ist vielmehr durchaus bereit, die Verhandlungen fortzusetzen, will aber allerdings keine weitere Verschiebung zulassen. Die Entschlossenheit der rumänischen Politik, ihre Forderungen gegenüber Bulgarien durchzusetzen, tritt schon unter der gegenwärtigen Regierung klar genug hervor. Im Falle eines Ministerwechsels würde Bulgarien wahrscheinlich mit noch schärferen Forderungen rechnen müssen.

## Nachrichten aus Hochheim u. Umgebung.

### Hochheim.

\* Morgen Sonntag spielt Fußballklub Borussia-Kassel gegen Sportverein hier am Riecher. Anstoß: 3 Uhr. Wegen der Wettkämpfe am letzten Sonntag ist zu berichten, daß die hiesige 1. Mannschaft 3:1 siegte und die 2. Mannschaft in Korbheim gegen den dortigen tath. Jünglingsverein unentschieden 1:1 spielte. Der hiesige Sportverein hat beschlossen, sich jetzt einem Verbände anzuschließen.

\* Termin für die Bürgermeisterwahl ist auf Dienstag, den 18. Februar festgesetzt. — Die Anstellung des Bureauchefs von Johann Hofmann erfolgte in der letzten Stadtverordneten-Versammlung auf Lebenszeit.

\* In der gestrigen Schöffengerichtssitzung wurde ein auswärtiger Schloher namens Papert wegen Beleidigung des Feldhofs Bühner zu einer Freiheitsstrafe von 3 Tagen verurteilt.

\* Nach Beschluß der städt. Körperschaften soll ein Hofen-Werk wieder an der alten Stelle errichtet werden, da sich die landwirtschaftliche Kommission als nicht geeignet erwiesen haben.

\* Auf die bereits angezeigten Verarmungen morgen Sonntag, sowie auf den Vortragsabend für Heimathilfe sei nochmals erinnernd hingewiesen.

\* Ständesamtsnachrichten. Dem Beispiel anderer Regierungspräsidenten folgend, hat auch Herr Regierungspräsident Dr. v. Meißner vor einigen Monaten die Ständesamter seines Bezirks angewiesen, die Mitteilungen von Aufgeboten, Geburten, Todesfällen und Geburten an die Presse einzufallen. Veranlaßt wurde diese Maßnahme durch die Erwägung, daß durch jene Mitteilungen dem Handel mit Mitteln, welche unethischen Zwecken dienen, geeignete Adressen zugänglich gemacht werden könnten. Zu der Mahnung des Herrn Regierungspräsidenten nimmt das Wiesb. Tgl. jetzt Stellung. Es schreibt u. a.: Wir können nicht befehlen, daß die Möglichkeit vorhanden ist, standesamtliche Nachrichten als Adressenmaterial auch für solche Geschäfte zu benutzen, deren Bekämpfung im staatlichen Interesse geboten erscheint. Aber diese Möglichkeit erscheint uns lange nicht ausreichend, einen Gebrauch abzuwehren, der seit Jahrzehnten üblich war, und für dessen Beibehaltung in den weitesten Kreisen des Publikums unbedingt ein Bedürfnis, und zwar ein berechtigtes Bedürfnis vorhanden ist. Das Blatt gibt dann eine Auslassung aus der Zeitschrift „Der Zeitungsverlag“ wieder, in der es heißt: „Wenn heute jemand ein Interesse



1992



unterbrochen und  
er habe ihn der  
in seiner Haltung  
ausdrücklich dabei  
das Seinerge-  
gekauften, um sich  
zugesellen, wobei  
Der Kammer-  
in Genid gepack-  
er unwillkürlich  
ihn dann auf die  
des Angeklagten  
er Widersehlich-  
früh auf die  
Erziehung erhal-  
sei etwas trumm  
an. Die Entfernung  
zu gebrauchen ge-  
kommen. Später  
für ganz normal  
de vom Verhänd-  
menen, er meinte,  
er nicht hier  
des Angeklagten  
nicht nahm nicht  
an und ver-  
die mit der  
würde. Die  
vollständig erachtet,  
erwertig sei, vor-  
n Sch. aus einem  
Inf. Nr. 87,  
des Urteilspruches  
französisch ver-  
stelle sich freiwillig  
so. Nach von dem  
Wegen Fahnen-  
Berührung in die  
n Jahres erschien  
anperson, die sich  
eine große Sady-  
Schuldlosen be-  
die wieder komme-  
ninhaber einzelne  
K. Die abhandeln  
dantortfuchdadeln,  
den Schulmann-  
schube. Wehliche  
in Dornstadt  
erzichte. Sie lie-  
in Diebstahl aus-  
Frau des Wirt-  
her, in Frankfurt  
in Frankfurt ver-  
donaten Gefängnis  
wurden. Die Ange-  
Herzlichen ihres  
Sie sei auf den  
mittel zu beschaffen.  
Die Diebstahl gab  
Merzte wurden die  
er Mannes bestä-  
die Angeklagte an  
angestraft eine sehr  
den Strafe wurde  
phaten Gefängnis  
g die Einführung  
hat von 80 000 M.  
wurde auch die  
meister und Land-  
geheißt den Schul-  
mit nassen Füßen  
heilischen Gefahren  
billigen Preise zu  
räumen getragen  
die sie von Hause  
richtung wird zur  
berichtet werden.  
Auf Einladung des  
ranthier Oberleut-  
den Saal des Kauf-  
die Klugege für  
auf der Wirtshaus-  
Häusgeuge und  
süßliche Brauchbar-  
anhang für die tat-  
strategische Ferner-  
im Hecre unzufüh-  
antritt steht unter  
nur an Geld, um  
die wichtig sind und  
Durch zahlreiche  
ausführungen über  
gekommen haben.  
von dem dreizehnen  
nach Heidelberg und  
Klung schilberte er  
600 Meter Höhe  
der Flugplatz nie-  
der Flugplatz über  
den Rückfahrt bei  
Dornstader Flug-  
mit Reinhardt we-  
liche Gefahr zeigte,  
teile Bde den Flie-  
war keine Kollon-  
pöplisch auftreten  
beherrschend  
das auf dem linken  
auf der Fahrt nach  
und Helms in der-  
mal hat sich noch  
den Sagen heraus-  
gefunden tief unter  
ubten. Wie durch  
den Bde einmorge-  
nen Kollon land-  
ese Gefahren nicht  
leiden, der von  
den Persönlichkeit  
orm des Facklings.  
die alljährlich zur  
seu nicht ganz  
ausgibt, die durch  
geschicklichen Ver-  
und Brinseffenen  
enhielt, ließen die  
Zuherder aber  
aus. von der  
an Langverant-  
gehorre vor-  
gehorre vor-  
gehorre vor-  
gehorre vor-

eine erste Gefahr, so wird mit diesem scharfen Mittel doch wohl etwas allzu sehr verallgemeinert. Außerdem dürfte es mindestens zweifelhaft sein, ob gerade die Polizei das bestgeeignete Organ ist, um sitten- und geschmackfördernd einzugreifen. Könnte man auch einem feingebildeten Manne wie dem Polizeipräsidenten die Fähigkeit zuerkennen, eine Grenzlinie zwischen Sittlichkeit und Unsittheit zu ziehen, so liegt doch die Sache ganz anders, wenn es sich, wie dies meistens der Fall sein wird, um untergeordnete Polizeigebilde handelt. Wenn die bayerische Polizei dem Vorgange Preußens und Sachsens folgend ihr Augenmerk auf verschiedene Auswüchse, bespielsweise den sogenannten Schieberband, richtete, so ist wenig dagegen einzumachen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß weniger durch Schuld der Einheimischen als vielmehr der vielen vorübergehend in München anfalligen Fremden von Jahr zu Jahr mehr Geldmachtsucht und Robertei eingebracht sind. Während der Münchener und die Münchenerin im allgemeinen gute Tänzer sind, arteie das Tanzen vielfach in ein jeder Annuit entbehrendes, von Schalen, Schreien und möglichst ergötzlichen Bewegungen begleitetes wildes Gemoge aus. Auch der Vorhalt der Polizeidirektion, daß nach theatralem Verhalten der Münchenerin bei öf-ter halbnackter unter die Tänzer gemischt hätten, ist durchaus berech-igt. Manches an diesen Geldmachtsucht mag einem weit ver-breiteten Juge unserer Zeit entsprechen, die sich an der bildlichen und Theaterdarstellung von allerlei Gräueln und häßlichen Dingen (es sei bloß an das abgeschlagene Haupt des Johannes erinnert) gar nicht genug tun konnte. Anderes wiederum hat mehr kritisch-moralischen Charakter. Wenn die männliche und weibliche So-ziemegeellschaft des Münchener Vorortes Schwabing die früher sehr beliebten und berühmten Bauernhöfe zu den wirklichen Bauern-um durchaus fremden Hebertreibungen der Leiwahlsucht benutzt, so mag das allseits noch als eine bloß sie selbst angehende falsche Auflösung gelten. Wenn aber an den drei Haupt-Geldmachtsan-orden von den sogenannten besseren Ständen angehörigen Ge-finden die Kaffeehäuser durchziehen, um Damen, deren männlicher Begleitung sie an Kopfplatz überlegen sind, aus unerschämteste zu belästigen, so kann allerdings ein Eingreifen der Polizei auf die Dauer nicht entbehrt werden. Auch gegen das Verbot des Kon-jestiments auf der Straße wird aus hygienischen Gründen nichts einzuwenden sein. Wenn die Polizei wider alle Kräfte aus-schärfte vorgeht, wenn sie keine gefährliche Ueberfüllung der Bau-räume zuläßt und alle hygienischen oder feuerpolizeilichen Vor-schriften genau überwacht, so wird sie sicherlich die Zustimmung aller Gutsintendenden finden. Welchen Wert aber kann es haben, wenn bei völlig harmlosen Vereinen die Polizeigewalt auf die Kränke ge-nau überwacht wird, und wenn beim Gländenschlage mit wüthiger Plene und dem Strazettel in der Hand ein Schuhmann auftritt? Mit derartigen Mitteln, die bloß böses Blut machen, wird die Sitt-lichkeit ganz gewiß nicht verbessert. Ueberhaupt dürfte es weit über die Zeinangabe und über die Fähigkeiten jedweder Polizeibehörde hinausgehen, wenn abgesehen von der Fernhaltung aller Kolliten und Abgehen von den hygienischen und sonstigen Schutze des Publikums an eine Reform des Geldmachts gedacht wird. Die größ-ten Fehler, die begangen werden, liegen auf dem Gebiete der Ge-schmacklosigkeit. Gegen diese aber wird die Polizei nur in seltenen Ausnahmefällen, und niemals in solchem Umfange einschreiten können und dürfen, wie es durch Selbstherabsetzung des Publikums möglich wird. Auch mit der Sittlichkeit ist es, insofern die Polizei sich ihrer annimmt, eine heisse Sache. Als sich am Alchermittwoch beim ersten Regenrauschen ein junger Fährer und ein 17-jähriges Mädchen von der Großhesseler Eisenbahnbrücke in die Isar stürz-ten, stellte eine in München erscheinende Zeitung fest, daß sich viele Eltern, deren Töchter noch nicht zu Hause erschienen waren, gegen 7 Uhr morgens telephonisch nach dem Namen der Todeskandidatin erkundigt hätten. So berührend der Schluß ist, der sich daraus zie-hen läßt, so wird doch die Polizei durch Polizeistände und Ge-schwerung von Tanzunterhaltungen weder Eltern noch Töchter ver-bessern. Unverständlich ist der Kampf, den die Münchener Polizei gegen einige vornehme Kaffeehäuser führt, wo, wie sie selbst be-merkt, fast das ganze Jahr hindurch gelegentliches Tanzen gebudet worden sei. Man soll nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Mehr Minderheit und Sittlichkeitschneiferei können an Tanzen an sich etwas Selbes finden.

Mannheim. Da die neue Militärortlage auch eine wesentliche Ausgestaltung des Luftschiffwesens bringen wird, werden zwischen der Militärverwaltung und den einzelnen Städteverwaltungen bereits jetzt Verhandlungen gepflogen über die Errichtung von Militär-plätzen und die Stationierung von Luftschiffer-Battalionen. Wie die „Neue Bad. Landesztg.“ vermutet, gehört auch Mannheim zu diesen Orten, und es ist sehr wahrscheinlich, daß ein Luftschiffer-Battalion dorthin gelegt wird. Man hält gerade Mannheim wegen der Schiffe-Lanz-Wehr für besonders geeignet.

Cleferungen für die Eisenbahnverwaltung. In einem neuer-lichen Ertrag an die Eisenbahndirektionen hat sich der preussische Eisenbahndirektor dahin geäußert, daß bei der Vergebung von Bauten im Falle gleicher Preisstellung die am Orte der Ausfüh-rung oder in dessen Nähe wohnenden Gemeindeglieder vorzugs-weise berücksichtigt werden sollen, wenn sie die Arbeiten im eigenen Betriebe ausführen. Erklärend wird dazu bemerkt, daß unter gleicher Preisstellung keineswegs das ziffermäßig genaue Ueber-einkommen der in Betracht kommenden Angebote zu verstehen ist, da diese auch äußerst selten vorkommen wird. Es gilt vielmehr dieses Erfordernis der gleichen Preisstellung als erfüllt, wenn das Angebot des an dem bet. Ort anfalligen Bewerbers zu den drei schließlich für den Zuschlag in Betracht kommenden Angeboten ge-hört und der geforderte Preis nicht erheblich höher ist, als die be-deren anderen Offerten. Die Entscheidung darüber, ob gleiche Preis-stellung in diesem Sinne vorliegt, muß von Fall zu Fall unter Berücksichtigung aller obwaltenden Umstände erfolgen.

Mit der Aushebung von Prämien für Entdeckung von Alkohol-geheim sind neuerdings erfreuliche Erfahrungen gemacht worden. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß der Alkoholmißbrauch der Ver-beiter an den Zahlungstagen und an den darauf folgenden Tagen besonders großen Umfang annimmt. Häufig sind Arbeitsunfähig-keit und Einkommensverlust die Folgen. Um diesen Zuständen zu-gegenzutreten, hat eine Fabrik in der Provinz Hannover die Ein-richtung getroffen, daß den Arbeitern 6 bis 10 v. H. des Jahres-verdienstes nach Ende des Geschäftsjahres ausbezahlt wird, wenn sie innerhalb desselben stets pünktlich zur Arbeit erschienen sind und diese hochgemessen und ohne Verzögerungen erledigt haben. Selbst-verständlich gilt Krankheit und sonstige dringende Abwesenheiten bei der Arbeit. Außerdem hat die Fabrikstellung bekannt gemacht, daß alle Arbeiter, die in den ersten drei Tagen nach der Lohnung ferngeblieben sind, von Ablauf eines Jahres nicht wieder eingestellt werden. Diese Maßnahmen haben bereits eine außerordentlich günstige Wirkung gehabt. Es ist beobachtet worden, daß vor allen Dingen der Schnapskonsum, der einen großen Teil der Lohnung-verzehrung ganz erheblich eingeengt worden ist. Wodurch sind die angegebenen Maßnahmen für einen bestimmten Stamm von Ar-beitern, der für die Fabrik unbedingt erhalten werden muß, be-zimmert, aber es besteht die Gefahr, die Einrichtungen auch allmäh-lich auf die übrigen Arbeiter auszuweiten. Im Interesse der Ar-beiter und ihrer Familien, die der Teufel Alkohol oft genug von einem großen Teil des Arbeitsverdienstes bringt, so daß die Kol bei ihnen einzieht und die Partei, die auf Unzufriedenheit hinarbeitet, ein leichtes Spiel hat, wäre dringend zu wünschen, daß diese segens-reiche Einrichtung auch anderswo Nachahmung fände; es würde damit auch das Interesse der Volkswirtschaft, das mit Rücksicht auf die bedauerliche Erscheinung des zunehmenden Geburtenrückganges im Auge behalten werden muß, wirksam gefördert werden.

Aus Julius Eugings Testament. In Straßburg ist vor kurzem, wie der „Schwäb. Merkur“ erzählt, das Testament des verstorbenen Orientalisten Prof. Dr. Julius Euging, des langjährigen Direktors der eilich-löhrischen Universitäts- und Landesbibliothek, er-öffnet worden. Es finden sich darin einige Bestimmungen, die für den dahingegangenen Gelehrten sehr bezeichnend sind. Dem Oberkard-Bismarck-Sohnstum zu Stuttgart, an dem er selbst eine kleine Augenbildung empfangen, hat er eine kleine Summe ver-macht, aus deren Zinsen alljährlich Schüler prämiert werden sollen, die sich durch eine besonders schöne Handschrift auszeichnen. Euging selbst war bekannt als unerreichte Kalligraph auf dem Gebiete des semitischen Schrift, aber auch seine deutsche Handschrift war sauber und deutlich, und er konnte recht unangenehm werden, wenn ihm Briefe mit unleserlicher Handschrift zugehingen. Einer sehr hochge-schätzten Persönlichkeit schickte er einst einen Brief zurück, dem Bemerkten, er habe das Schreiben nicht entziffern können. Weiter-hin findet sich in dem Testament die ausdrückliche Bestimmung, daß

die Höhe des Gehaltens auf dem ihm gehörigen Grundstuck nahe dem Kuchstein oberhalb des Bildes (im babilonischen Schmarwahl) beigelegt werden solle; auf einer Stein- oder Marmorplatte solle der Inhalt des Briefes eingetrieben werden; Julius Euging, 11. Juli 1899 — Totestest.“ Aus den Zinsen des kleinen Kapitals, das für die Er-haltung des Grabes ausgelegt ist, soll auch eine Tafel schwarzen Kaffees mit einem Wasserkrug an alle diejenigen verabfolgt werden, die die Grabstätte des Gelehrten an seinem Geburtstoge be-suchen. Euging war Zeit seines Lebens ein großer Freund eines guten, namentlich eines echt türkischen Kaffees, aber ein ge-schworener Feind aller alkoholischen Getränke.

Die Sicherheit des Eisenbahnverkehrs. Für die Einführung von Doppelschienen sind im Etat der preussisch-böhmischen Eisen-bahnverwaltung für 1913 nicht weniger als 1 400 000 Mark bereit-gestellt, für elektrische Sicherungsanlagen 2 500 000 Mark und für Feuer- und Schneeschuhanlagen 800 000 Mark. Es geschieht also sehr viel, um die Sicherheit des Verkehrs noch zu heben.

Die betrogenen Spilhuben. Unter der Ueberschrift „Die be-trogenen Spilhuben“ veröffentlicht ein Geschäftsmann in einem Ragsburger Blatt folgendes Interlat:  
„Zwei Verbrocher langern nachts um 3 Uhr auf dem Alten Markt um mein Geschäftstotal. Als die Lust rein erscheint, schnei-det der eine Schurke einen runden Kreis in die Schaulenstschreibe, geht abseits und packt auf. Jetzt kommt der zweite Schurke, schlägt an der Stelle die Schreibe ein, „das tracht“, und rennt im Schweb-bogen hoch. Der erste Spilhuber kommt nun zurück, um durch die zerbrochene Schreibe ihren zu klauen. Doch sieh da, fatal. Die Spilhubenfinger tippen gegen eine zweite Schreibe, welche sich nach hinter der zerfallenen befindet und den Raub oerhöbert. So steht nun dieser Schurke wie ein begossener Fadel ebenfalls ab. Wer sich hierdurch beleidigt fühlt, mag mich verklagen; aber die Polizei kriegt sie doch, die zweite Schreibe mit den Spilhubenfinger-abdrücken ist nämlich photographiert. Fritz Reubert, Uhrmacher, Alter Markt.“

NB. Wer von mir eine Uhr haben will, mag herinkommen (aber nicht des Nachts), da gebe ich jedem gern eine, selbst wenn ich mal nichts verdiene; denn ich habe tausend viel Uhren, sogar auch diese sogenannte Lodenhüter, die ich gern für die Dvige abgebe. Der Dvige.“

Die Entwicklung des 1912ers. Die Sorge um die Entwicklung des jungen Weins, die vor dem ersten Absatz im Januar nicht gehoben werden konnte, ist jetzt dem größten Teil der Weiner und Weingutsbesitzer genommen: die meisten Weine haben den gefürchteten Frostschaden ganz oder fast ganz verloren, soweit er überhaupt nach dem Winter vorhanden war, sie proben sich reinlich und stellen zum Teil einen brauchbaren und begierigen Mittelmittel dar. Aus den einzelnen Nachrichten, wie sie jetzt von den verschiedenen deutschen Weinbauverbänden vor-liegen, entnehmen wir dem Mainzer Fachblatt: „Weinbau und Weinhandel“ folgende Urteile über den 1912er:  
Im unteren Rheingau, in dem sich der Frostschaden ohnedies weniger empfindlich als im oberen Rheingau bemerkbar gemacht hatte, haben sich die neuen Weine über Erwarten gut entwickelt, und es ist von einem Frostschaden fast nichts zu merken. Aus Sächs-heim in Rheinhessen liegt folgender Bericht vor: Die 1912er sind abseits und probieren sich als fröhliche und reinliche Weine. Besonders schön sind die Rotweine, sowohl in der Art, wie auch in der Farbe. Vom Rheingebiet heißt es: Die 1912er erhalten jetzt den ersten Absatz, sie probieren sich reinlich und meist ohne Frostschaden, sie werden besser beurteilt, als sich erwarten ließ. Aus Baden am der Mosel wird berichtet: Die 1912er nehmen eine be-friedigende Entwicklung und zeigen doch nur wenig Frostschaden. In der Rheingebiet ist im Weinhandel allmählich ein reger Geschäfts-gang zu verzeichnen und die Radtrane nach dem 1912er steigert sich immer mehr, so daß auch die Preise in die Höhe gehen. Nicht ganz so günstig lautet die Auskunft aus Franken, dort ist der Absatz der neuen Weine allgemein im Ganzen der Frostschaden ist auch fast ganz verschwunden, allein der hohe Säurebestandteil des neuen Weines ist meistens nur wenig zurückgegangen. Aus Baden wird ein lebhafter Geschäftsgang bei allerdings nicht ansehnlichen Prei-sen gemeldet und aus dem Elbe schreibt man, daß die 1912er immer mehr gelobt werden, weil sie einen immerhin brauchbaren Mittel-wein abgeben werden. Ein lebhafter Verkauf von 100000 Hl ist aus aus Lothringen, aus dem Mosel-Rheingau, zu verzeichnen, doch gingen hier die Preise etwas zurück.

Im ganzen genommen zeigen diese Nachrichten, daß die über-triebenen Befürchtungen mancher Presse nach dem Auftreten der ersten Froste nicht eingetroffen sind, wenn auch manche kleineren Bezirke, die besonders ungünstig liegen, ganz bedeutenden Schaden durch den Frost erlitten haben, und wenn auch natürlich nicht die Hoffnungen im allgemeinen erfüllt wurden, die man nach dem Ver-lauf der Räte und dem Stand der Weinberge nach bis zum Monat August auf das Geringste bis hinreichend hinreichend seiner Räte wie auch seiner Menge sehen durfte. Die große Wehrzahl der deutschen Weinbauverbände ist aber erfreulicherweise in der Lage, gerade das Bedeutsame auf den Markt zu bringen, das nach dem hochwertigen 1911er am meisten verlangt wurde: der billigeren Mittelwein. Im Interesse des hiesigen deutschen Weinhandels wird man mit aufrichtiger Genugthuung dieses Ergebnis verzeichnen dürfen, das zwar nicht die ursprünglichen Hoffnungen, aber auch nicht die späte-ren Befürchtungen hat Wirklichkeit werden lassen.

### Zeitungsschau.

Einem Artikel „Hohenzollern und Welfen“ der Köln. Ztg. ent-nehmen wir folgenden Schlusssatz:  
Die Welfen wurzeln tief im niederdeutschen Boden und zeigen sich auch in ihrem Charakter ganz mit ihm verflochten. Sie haben stets jene niederdeutsche Fähigkeit bestanden, die nicht selten in Starckpöpsigkeit ausartet. Sie sind immer Eigenbröckler ge-wesen, denen es schwer wurde, sich dem großen Ganzen unterzu-ordnen. Heinrich der Löwe war völlig im Recht, wenn er die Idee nach Welfenland für nutzlos erklärte, oder ebenso wohl nach Welfen land den Welfen lautete, daß er durch sein eigenmächtiges Handeln und seine Verweigerung der Gefolgschaft sich am Reichs-gedanken verkrüppelte. Die Hohenzollern haben sich in harter Schule die Eigenschaften erworben, die durch die Jahrhunderte hin-durch der Stolz und der Ruhm ihres Geschlechtes geblieben sind: Den können, weit vorausschauenden Idealismus, der das bequeme Heute dem trübsamen Morgen opfert, und die strenge Gerechtigkeit, die jede Selbstsucht in den Dienst des Ganzen stellt, sagt Treitschke. Die weitere Geschichte beider Fürstentümer bestätigt dies. Die Welfen haben den Vorprung, den sie voraus hatten, nicht ausnützen können, weil ihnen die Großzügigkeit fehlte. In endlosen Erb-teilungen haben sie ihre Macht verpulvert. Die britische Krone, die ihren Stolz noch heigerte, erwies sich als eine schwere Bürde. Als sie diese verloren, führten sie das Döseln der Kleinigkeit, deren Macht nicht im Verhältnis zu ihren Ansprüchen stand. „Als Ma-rach, als Christ und als Welfe kam ich nicht nachgeben.“ Dabei bargte der blinde König Georg V., als er 1865 die Zeichen der Zeit nicht erkannte. Die Hohenzollern haben die Gewohnheit der deutschen Fürstentümer, die Erbteilung zu ihrem Heil nicht mitge-macht, und haben der Vererbung, der die meisten anderen unter-legen, einen Thron des Auslandes zu befeigen, stets siegreich widerstanden. So haben sie sich gegen eine Welt von Feinden emporgerungen. Nicht immer haben sich beide Häuser trotz des natürlichen Gegensatzes, in den sie mit der Zeit gerieten, feindlich gegenübergestellt. Im Anfang des 18. Jahrhunderts bestand eine enge Verbindung. Die geistvolle erste Königin Preußens und die Mutter Friedrichs des Großen waren hannoversche Prinz-essinnen, und auch seine unglückliche Heirat war ein Bündnis mit dem Welfenhaufe, das im Siebenjährigen Kriege mit Öhren die Feuerprobe bestand. Prinz Ferdinand aus der 1834 ausgestorbe-nen Linie Braunschweig-Wolfenbüttel hielt treue Wacht für Friede-rieh den Großen im Westen. Bei Waterloo wurde 1806 ein Welfe als Oberbefehlshaber des preussischen Heeres tödlich ver-mundet. Doch 60 Jahre später das Königreich Hannover zugrun-ge, hatte sein Herrscherhaus verschuldet, das König Wilhelm bei den vermandtschaftlichen Beziehungen beider Häuser gern gelohnt hätte. Das tragische Schicksal des hannoverschen Königshauses ist nicht unerschütterlich, aber das stolze Fürstengeschlecht hielt alle An-sprüche aufrecht. Die Zeit heilt alle Wunden. Den ältesten Sohn

des Herzogs von Cumberland erzieht durch eine seltsame Fügung der Tod auf märklichem Boden, und preussische Hühner geben dem Cumberlandischen Prinzen das Ehrengelocke. Da ließ sich der alte Herzog endlich bestimmen, die Hand zu nehmen, die unter Kaiser ihm so oft ritterlich entgegengetreten hatte. Das tragische Ereignis brennt auch alle Schatten, die auf den Ehrenschid des Welfenhauses zu Zeiten liegen. Als vor 42 Jahren die große Stunde der deut-schen Nation geschlagen hatte, da standen sie mit dem Herzen im feindlichen Lager, während Herzog Friedrich von Augustenburg, dessen Tochter heute die deutsche Kaisertrone trägt, sofort dem Vaterlande seinen Degen anbot. Als er am Abend des Tages von Sedan in bayerischer Generalsuniform auf der Höhe von Brenden stand, konnte er mit ehrlicher Ueberzeugung sagen, als er die Hand König Wilhelms nahm: „Eine solche Stunde ändert die Gedanken des Menschen und legt neue Pflichten auf.“

„Jaeger oder Lehmann?“ überschreibt Dr. med. H. Gogrum Selbstkritisches in Professor Dr. Gualdo Jaegers „Monatsblatt“ (Stuttgart):  
Als zu meinem 18. Lebensjahre war ich ein entschlossener Gegner jeglicher Wollunterkleidung. Im Sommer 1879 oder wurde ich während längerer nahlatter Witterung mehr und mehr schmer-atmig, bekam Husten und wurde so matt, daß ich nach Hause mußte, wo eine Rippenentzündung festgestellt wurde. Als die Wollunterkleidung des Rippenentzündung keine raschen Fortschritte machen wollte, riet der Arzt dringend die Anziehung des damals noch ganz neuen Wollregimes an, in das ich trotz beängstiger Gegen-wehr gefesselt wurde. Es war mittlerweile ein heißer August ge-kommen und 14 Tage lang stand ich Höllequalen in der damals noch viel rauheren und mit den Spigen der Weberdilettant gepeinigten Wollunterkleidung aus. Nach dieser Zeit hatte sich meine Haut mit der Wolle befreundet und meine Rippenentzündung war reiflos geheilt. Seitdem bin ich ein überzeugter Anhänger des Wollregimes. Sechs Jahre später verließ ich als erste Beisitzung in meiner ärztlichen Laufbahn die Vereinsanstalt des hiesigen hiesigen Landesvereins hiesigen Vereins. Dabei mußte ich täglich auswärts Sprechstunden halten; ich kam oft erst spät nach Hause und mußte früh wieder heraus. Bei dieser sehr unruhigen und dem Mangel eines wollebenen Bettes war es sehr Wunder, daß mein sonst so guter Schlaf unruhig wurde und mit nicht mehr die genügende Erholung brachte. Da zog ich auf Anraten eines älteren Herren, der stets für Neues leicht begeisterte, die erst bekannt wer-dende Lehmannsche Wollunterkleidung an und der prophe-zelte und erhaltene Erfolg trat ein: ich schlief wieder ruhiger bei der selben unruhigen Lebensweise. Aber trotz des besseren Schlafes benötigte ich meiner mehr und mehr eine ungewohnte Mattig-keit. Als ich nach einigen Monaten den ärztlichen Kassenposten ver-ließ, zog ich 1888 wieder rein wollebene Unterkleidung an. Und siehe da: meine frühere Mattigkeit kehrte wieder, zugleich stellte sich ohne jede äußere Veranlassung, ein mehrschichtiger Bronchial-entzündung mit reichlichem gelbem Auswurf ein. Anfangs betriebte mich als „Wollenen“ natürlich diese Erscheinung, die die Zeit allgemein als Folge einer Erkältung ansieht und gegen die ein „Wollener“ doch gefeit sein sollte. Aber der Mangel jeder wertbaren Veran-lassung und ganz besonders das wiederkehrende deutliche Gesund-heitsgefühl bei gutem Schlaf belehrten mich, daß es sich bei dem Bronchialentzündung um eine „Wollentzündung“ gehandelt hatte. Die Woll-mannsche Unterkleidung hatte Veranlassung zur Wollentzündung von Selbstgisten im Körper gegeben. Dazu kam übermäßige Er-zeugung von Selbstgisten durch Ueberarbeitung, mangelhafte Ab-zugung von Selbstgisten durch in der bekannt schlechten Luft in unseren Eisenbahnen, in langen Sprechstunden und im nymnollenen Bett und reichliche Aufnahme von Fremdgisten in Eisenbahn und Schlaf-gimmer. Diesem Zustand trat mein an stoffe Ausscheidung gewohn-ter Körper in der Nacht entgegen, wobei das offene Fenster ein Anregungsmittel war. Er suchte die Gifte loszuwerden, und dieser Kampf war die Veranlassung zu dem unruhigen, erquickungslosen Schlaf und der allgemeinen Nervosität. Der Ausbruch der Woll-entzündung beendete definitiv diese unergütlichen Zustände und ich bin für mein ganzes Leben vor derartigen Verabfolgungsmethoden und vor nichtmollerer Kleidung und Bettung gewarnt geblieben.

Neueste Nachrichten.  
Stuttgart, 15. Februar. Auf die Glückwünsche, welche die Ge-meindefollegen der Stadt Ravensburg an den Herzog und an den Prinzen von Cumberland gerichtet haben, sind folgende. Dank-sagen eingetroffen: „Gmunden, 12. Februar. Für die freund-lichen Glückwünsche, die Sie mir zur Verlobung meines Sohnes mit der Tochter Seiner Majestät des Kaisers übermitteln, danke ich Ihnen herzlich. Es erfüllt mich mit Genugtuung, daß die Bewoh-ner der alten Welfenstadt Ravensburg noch heute treuherzige Tage im Hause Heinrichs des Löwen mit uns dankbar empfinden. Ernst August.“  
Karlsruhe, 15. Februar. Ich danke Ihnen und der Ge-meindefollegen der Stadt Ravensburg herzlich für Ihre so warm gehaltenen Glückwünsche zu meiner Verlobung, tief gerührt durch die dabei erwähnten Erinnerungen an die alten Beziehungen des Welfenhauses zu Ravensburg, von wo es seinen Ursprung herleitete. Ich hoffe, wie einst mein Großvater und später mein Bruder, selbst Ihre freundliche Stadt einmal aufzusuchen. Ernst August.“  
Rom, 14. Februar. Der „Observatore Romano“ veröffentlicht folgende Dankagung des Papstes für die zahllosen Beileidsbun-dungen von geistlicher und weltlicher Seite aus Italien und dem Auslande beim Tode seiner Schwester: Da es vollständig unmöglich ist, für alle die liebevollen Kundgebungen einzeln zu danken, geruht der heilige Vater allen mit dem Ausdruck seines besonderen Dankes den apostolischen Segen zu erteilen, um von ganzem Herzen die spontanen und einstimmigen Reuerungen der Anhänglichkeit seiner ergebenen Kinder zu erwidern.  
Berlin, 15. Februar. In der Ortschaft Ribbes (Wesfahel-land) hat der schon im Greisenalter stehende Bahnarbeiter Röhr, während seine Frau den Abendgottesdienst besuchte, seinen geistig und körperlich schwachen Sohn im Alter von etwa 30 Jahren er-hängt und sich dann selbst entleibt. Höhr, der noch drei Kinder hat, beging die grausige Tat aus Kummer wegen der Krankheit seiner Kinder, von denen noch zwei geistig zurückgeblieben sind.  
Prag, 15. Februar. Die große Kattunfabrik von Arnold Rosenthal in Böhmisch-Weipa, ein mächtiger Gebäudekomplex, ist abgebrannt. Der Brand brach in der Druckerei aus und sprang bald auf andere Teile der Fabrik über. Ein harter Nordweststurm machte die Löscharbeiten unmöglich. Alle Maschinen und Waren-lager sind vernichtet. Der Schaden wird auf eine Million Kronen geschätzt.  
Berlin, 15. Februar. Das Militär-Wochenblatt gibt bekannt: Prinz Ernst August, Oberstleutnant im 1. bayr. schweren Reiter-Re-giment, ist nach erfolgter Ausschreibung als Oberstleutnant mit Pa-tent vom 28. Oktober 1909 in das Jülich-Jülicher-Regiment Bran-denburgisches Nr. 3 (in Rathenow) eingeteilt worden.  
Hassel, 15. Februar. Lord Roberts hielt gestern hier einen Vortrag über die allgemeine Wehrpflicht vor mehr als 3000 Per-sonen. Er erklärte, daß das jetzige englische Militär-System voller Ungerechtigkeiten sei. Man müsse den guten Willen ewiger Arbeiter aus, während die jungen Kriegergänger der besser gestellten Kreise sich in Klubs usw. die Zeit vertreiben. Es sei eine irrtümliche An-schauung, wenn man behauptet, daß der Soldatendienst degeneriere. Im Gegenteil, er habe in Südafrika Leute angeführt, die Helden auf dem Schlachtfeld waren.

Leitung Guido Zeidler. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Paul Jorisch, für den Anzeigen- und Anzeigen-Teil. Druck, für den Druck und Verlag W. H. Holzappel, sämtl. in Bielefeld. Rotations-druck und Verlag der Buchdruckerei Guido Zeidler in Bielefeld.



